

Neujahrsansprache 2012

„Überall in Europa haben die Schulden enorm zugenommen, die heute in allen großen Staaten als drückend empfunden und auf Dauer vermutlich zum Ruin führen werden“¹.

Dieses Zitat, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Verantwortliche in Politik, Bildung, Kirchen und Vereinen, dieses Eingangszitat stammt nicht etwa aus den Tagen jüngster Vergangenheit, sondern bereits aus dem Jahr 1776 von dem schottischen Moralphilosophen Adam Smith.

„Zeit der Veränderungen“ – unser Thema heute – scheint das eine Merkmal der Gegenwart zu sein, das sprichwörtlich gewordene biblische Motto: „Nichts Neues unter der Sonne“ ein anderes. Nicht immer scheint das Sprichwort zuzutreffen: „Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen“.

Manche Zeiterscheinung scheint sich durchzuziehen oder zurückzukehren wie beispielsweise die hoch brisante Finanzkrise, nur noch auf globalerem Niveau, als Adam Smith dies 1776 erahnen konnte. Nicht mehr Millionen scheinen das Maß der Dinge

zu sein, sondern Milliarden und Billionen – die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik stehen allein mit etwa 2 Billionen in der Kreide, Pensionslasten und Lasten des demographischen Wandels noch gar nicht mitgerechnet. Allein die Staatsschulden unsres Landes betreffen jede Bürgerin und jeden Bürger mit etwa 26.000 Euro und umfassen 80% des Bruttoinlandsprodukts. Keine Regierung, egal welcher politischer Couleur kann sich hierbei aus der eigenen Verantwortung stellen – genauso wenig wie dies manche Politiker können, die sich heute zu Recht als große Kritiker der Finanzkrise gerieren, zur Zeit der eigenen Regierungsverantwortung aber wesentliche Voraussetzungen der heutigen Krise geschaffen haben.

Frappierend dabei ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung, derzufolge Steuerentlastungen von den Verantwortlichen der jeweiligen Regierungsparteien in den Jahren zwischen 1964 und 2004 so terminiert waren, dass diese in Wahljahren wirksam wurden².

Vielleicht ist manche politische Erscheinung ein Zeichen der so genannten „Flüchtigen Moderne“,

¹ Zitat entnommen aus: Spiegel 1/2012, 67.

² Spiegel 1/2012, 67. Dissertation von Gerrit Köster.

ein Begriff, mit dem der Soziologe Zygmunt Baumann unsere Gegenwart beschreibt. Deren Imperative im Zeichen kurzfristigen Denkens und Handelns seien, so Baumann: Gewöhne dich an nichts, was du gerade tust, lass dich nicht an die eigene Vergangenheit fesseln, trage die gegenwärtige Identität wie ein Hemd, das man jederzeit durch ein neueres, moderneres ersetzen kann, werfe alles einmal Gelernte und Gewusste ohne Hemmung und Bedauern über Bord!“ – eine Kultur also der Auflösung, der Diskontinuität und des Vergessens“³. Manche, so seine weitere Analyse, setzen geradezu auf das Vergessen, produzieren sich zugleich in bewusst inszenierten Medienspektakel, um ja im Rampenlicht der Aufmerksamkeit zu bleiben, um im allgemeinen Rauschen der Informationen vielleicht wenigstens zufällig gehört zu werden. Nicht die Qualität politischer Arbeit scheint bei manchen wichtig zu sein, sondern die Quantität selbst belanglosester Aktiönchen, die morgen schon vergessen sein dürfen.

Wen wundert's, dass in einer solchen Kultur bisweilen leider auch im politischen Alltag nach dem Mot-

to geredet und gehandelt wird: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an!“

Manche, die früher das vermeintlich neue Wunderwerk Werkrealschule enthusiastisch vorangetrieben haben, können nun kaum noch abwarten, bis dieses früher von ihnen hochgelobte Wunderwerk durch das vermeintlich neue Wunderwerk Gemeinschaftsschule abgelöst wird.

Zu solch spektakulären Politikinszenierungen gehört für manche – Moral spielt offensichtlich keine Rolle - auch, einen Gemeinderatskollegen, der seinem Gewissen verpflichtet, gegen den Strom zu schwimmen wagt, pressewirksam als „Obermotzi“⁴ zu diffamierenden, ein Vorgang, der mehr über die Person aussagt, die solche Titulierungen erfindet, oder Bemerkungen wie die einer höchst dotierter Verantwortungsperson der Stadt: „Es ist mir zu dumm, mit Ihnen zu reden!“

Genauso ethisch vertretbar scheint für manche zu sein, uns Freien Wählern in der Öffentlichkeit wiederholt unwahre Sachverhalte zu unterstellen, wie dies im Blick auf unsere aufwändige und intensive

³ Zygmunt Baumann, *Leben in der Flüchtigen Moderne*, Frankfurt/Main 2007, 199.

⁴ So Grüne/FFL-Fraktionsvorsitzender Matthias Gastel gegenüber der Presse im Anschluss an einen Einspruch gegenüber dem Regierungspräsidium.

Suche bei einer Nachfolge des Technischen Beigeordneten zunächst ohne und später gegen besseres Wissen geschehen ist.

Auch scheinen manche vor lauter flüchtigem Aktivismus schnell zu vergessen ist, dass sie von anderen Fraktionen Solidarität erwartet haben und erwarten konnten, sie selbst aber hemmungslos offiziell getroffene Absprachen brechen.

Politik, Kommunalpolitik so die Überzeugung der Freien Wähler muss gerade gegen solche Phänomene einer Flüchtigen Moderne redlich, fair und verlässlich sein.

Gerade in Zeiten der Veränderung, in Zeiten wachsender Flüchtigkeit sind Werte wie Kontinuität, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit gefragt. Sonst läuft Politik Gefahr, Politikverdrossenheit zu fördern, deren Auswüchse mancherorts leider schon mit Händen zu greifen sind.

Politik, Kommunalpolitik ist kein Konsumgut und sollte auch nicht als solches inszeniert werden, sondern erfordert aktive Beteiligung und Mitgestaltung – deshalb unser bewährtes Motto „Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Kommunal-

politik gestalten“ – und zwar jenseits kurzfristig-flüchtiger Trends und parteipolitischer Klientelpolitik, sondern an der Sache orientiert, in sachlicher Abwägung unterschiedlichster Meinungen und Argumente.

Mit der Volksbefragung zu Stuttgart 21 und der erst jüngst vorgestellten Idee der Einrichtung von Bürgerräten versucht die neue Landesregierung gegen eine sich verbreitende Politikverdrossenheit eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Die Volksbefragung zu Stuttgart 21 wird aus unsrer Sicht jedoch erst dann als Erfolgsmodell gelten können, wenn die Projektbetreiber auf Triumphalismus verzichten und ihre zahlreichen Versprechen – auch auf den Fildern – ohne Abstriche einlösen und wenn die Projektgegner demokratische Mehrheiten nicht nur im administrativen Bereich akzeptieren.

Bei allen Überlegungen über künftige Quoren von Beteiligungsformen ist zu bedenken: Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben mit guten Gründen auf die Form einer repräsentativen Demokratie gesetzt und die Messlatte für plebiszitäre Formen be-

wusst gesetzt. Wer andere Quoren festlegen will, muss beweisen, dass diese guten Gründe hinfällig geworden sind, und zugleich ausschließen, dass solche Formen manche gesellschaftlichen Gruppen sozial einseitig bevorzugen und Manipulationen so gut wie auszuschließen sind.

Dass wir Freie Wähler uns gegen so manche kurzfristige Flüchtigkeit an der Sache oder besser: an dem Wohl der Betroffenen, deren Bedürfnissen und möglichst gute Förderung orientieren, mögen einige Beispiele aus dem Bildungsbereich mögen dies belegen:

Bei der Entscheidung über die ehemals landespolitisch forcierte Einführung von Werkrealschulen haben wir auf externes wissenschaftliches Gutachten gedrängt, dem wir mit gutem Grund – wie sich heute zeigt - zwar nicht in allen Folgerungen gefolgt sind, das jedoch bis heute eine wichtige Entscheidungsgrundlage für weitere Planungen ist.

Bei der Umsetzung des Orientierungsplanes in den Kindertagesstätten haben wir auf eine möglichst hohe fachliche Begleitung gedrängt und eine wissenschaftliche Begleitung der Evaluation des Um-

setzungsprozesses in den Filderstädter Einrichtungen gefordert.

Zur Stärkung der Erziehungspartnerschaft haben wir uns seit Jahren für die Einrichtung von Familienzentren und die Förderung familienbegleitender und –entlastender Maßnahmen eingesetzt, ein jahrelanges Ringen mit unzähligen Gesprächen, das schließlich unter Einbeziehung der Familienbildungsstätte zur Schaffung des WIE in Sielmingen und damit einer hervorragenden Kompensation der Schließung der Sielminger Hauptschule geführt hat. Nachahmerprojekte, beispielsweise bei der Schaffung eines Kinderhauses in Plattenhardt sind unsererseits ausdrücklich erwünscht.

Mit Nachdruck haben wir uns massiv, mit guten Argumenten und mit gutem Grund, aber gegen zum Teil erbitterten Widerstand gegen die Schließung der Jahnschule Harthausen positioniert und deren Weiterentwicklung konstruktiv begleitet und gefördert – eine Entscheidung, die nach heutigem Stand der Dinge mehr als richtig war. Deshalb haben wir auch gerne dem Antrag auf die Weiterentwicklung zur Werkrealschule neuer Form zugestimmt.

Wiederholt haben wir die Verwaltung darauf hingewiesen, dass Kosten von der Stelle zu tragen sind, die diese Kosten per Gesetz verursacht haben – sei es im Bereich der Betreuung unter 3-jähriger Kinder, sei es im Bereich der Ganztagesangebote oder der Schulsozialarbeit. Die neuen Regelungen einer höheren Beteiligung des Landes bei der Finanzierung von U 3-Plätzen sind zwar erfreulich, aber mit 68% längst noch nicht hinreichend, von der Umsetzung eines versprochenen kostenfreien Kindergartenbesuchs einmal ganz zu schweigen.

Auch in Zukunft werden wir im Bildungsbereich das aus gutem Grund vorgeschriebene Prinzip der Subsidiarität einfordern, demzufolge freie Träger in Bildungseinrichtungen Verantwortung übernehmen und damit einen unverzichtbaren Beitrag zu einer bewusst gewollten und profilierten Vielfalt der Bildungsangebote unserer Stadt leisten. Das Engagement von Vereinen und Kirchen ist aus Filderstadt nicht wegzudenken. Dass die freien Träger trotz deutlich erhöhter Ausgaben in den Bereichen Bildung und Wissenschaft durch die neue Landesregierung zusätzlich benachteiligt werden, halten wir deshalb für höchst bemerkenswert.

Mit Nachdruck haben wir darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig musikalische Bildung für die individuelle Förderung, für Integration und Inklusion von Kindern ist, und uns deshalb für die Weiterentwicklung der Bruckenackerschule zu einem Ganztagesangebot mit musikalischem Profil und die Vernetzung musikalischer Früherziehung zwischen Kindergärten und der Musikschule stark gemacht – ein Förderprogramm, das zu unserem Bedauern aus Sicht der neuen Landesregierung trotz eindeutiger wissenschaftlicher Ergebnisse offensichtlich keine Perspektive mehr besitzt.

Wir haben wiederholt auf die Bedeutung der Übergänge im Bereich der Bildung sowie den verschärften Druck im Blick auf den Besuch weiterführender Schulen in der dritten und vierten Klasse der Grundschule hingewiesen. Die Verbesserung der Beratungs- und Fördermaßnahmen in der Grundschule sind deshalb zu begrüßen. Ob es jedoch sinnvoll ist, den verpflichtenden Charakter der Grundschulempfehlung abzuschaffen, bevor die Struktur der weiterführenden Schulen nachhaltig und sinnvoll geordnet ist, muss sich weisen – ebenso inwiefern wissenschaftliche Ergebnisse anderer Bundesländer zutreffen, dass die Bildungsge-

rechtigkeit dadurch gerade nicht nachhaltig verbessert wird, sondern die Diskrepanz eher noch verschärft.

Dass kirchliche Jugendgruppen und Vereine durch das verpflichtende achtjährige Gymnasium und vermehrte Ganztagesangebotsangebote zum Teil massive Abbrüche bei den Teilnehmer- und Mitarbeiterzahlen haben, haben wir wiederholt mahnend eingebracht. Fast schon paradox muten Bemühungen an, Erfahrungen der Wahrnehmung eines Ehrenamtes, das durch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums weitgehend ausgeschlossen werden, nun durch ein angehängtes Bundesfreiwilligenjahr nachzuholen, war doch das Argument einer verkürzten Schulzeit ein früherer Einstieg ins berufliche Leben. Die bisherigen von der neuen Landesregierung eröffneten Möglichkeiten der Wiedereinführung eines neunjährigen gymnasialen Zuges sind leider jedoch noch so unklar und im Blick auf neuste Äußerungen, dass diese Regelung nur bis zur erwarteten Durchsetzung der Gemeinschaftsschule, also als Übergang gelte, dass Entscheidungen diesbezüglich derzeit noch schwer zu treffen sind. Für die Beteiligung von freien Trägern an den

Ganztagesangeboten sind wir sehr dankbar und setzen uns für eine angemessene Finanzierung ein.

Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt fragen sich, wie sich die Bildungsangebote unserer Stadt unter den geänderten Rahmenbedingungen der neuen Landesregierung in Zukunft gestalten werden. Gerade weil für uns Freien Wähler dabei das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen, deren Bildungs- und Teilhabechancen im Mittelpunkt stehen, haben wir uns bereits nach Bekanntwerden der ersten bildungspolitischen Eckpunkte der Koalitionsvereinbarung dafür eingesetzt, möglichst rasch zu überlegen, welche Folgen die anstehenden Veränderungen für Filderstadt haben könnten. Von manchen wurde unser Drängen als voreilig und abwegig gehalten. Andere Kommunen sind uns hierbei jedoch meilenweit voraus, auch wenn die Konturen der neuen Bildungspolitik erst nach und nach deutlicher erkennbar werden. Filderstadt hat hervorragende Bildungseinrichtungen und Fachkräfte mit hoher Profession und hohem Engagement. Dass nach den unzähligen bildungspolitischen Reformen der vergangenen Jahre eine gewisse Reformmüdigkeit entstanden ist, ist mehr als verständlich. Wir Freie Wähler wollten und wollen jedoch verhindern,

dass durch die zu erwartenden Veränderungen im Blick auf den Besuch der weiterführenden Schulen zwangsweise Lösungen entstehen, die höchstens suboptimal sein können. So könnten beispielsweise bei einem Anwachsen der Zahl der Schülerschaft an den Realschulen und Gymnasien Außenklassen dieser Schulen an anderen Standorten oder Containerlösungen notwendig werden - Bedingungen, die auch als Interimslösungen alles andere als zufriedenstellend sein können.

Eine bildungs- und finanzpolitisch sinnvolle Planung der anstehenden Veränderungen braucht Zeit für entsprechende Planungsprozesse, doch jede ungenutzt verstrichene Zeit führt zu Verzögerungen, die negative nachhaltige Folgen haben kann. Dies wollten und wollen wir verhindern. Ob in Filderstadt eine Gemeinschaftsschule eingerichtet werden sollte, kann unserer Meinung nach jedoch erst dann entschieden werden, wenn die Konturen dieser Schulform inklusive der hierfür notwendigen räumlichen und zeitlichen Ressourcen deutlicher sind als momentan. Dass für die kontingentierte Zahl der Gemeinschaftsschulen als Renommierprojekt der neuen Landesregierung landespolitisch zahlreiche finanzielle Ressourcen gebunden werden, zugleich

aber der weitere Absenken des Klassenteilers an den anderen Schulen ausgesetzt werden soll, halten wir für einseitig und wenig hilfreich. Abzuwarten bleibt, wie die international rechtsverbindlichen Vorgaben der Inklusion in Baden-Württemberg weiter umgesetzt werden – auch diese Entwicklung wird nicht ohne Folgen für die Bildungseinrichtungen in Filderstadt bleiben, die rechtzeitig zu bedenken sind.

Wir Freie Wähler werden uns aufgrund unserer ausgewiesenen Fachexpertise auch weiterhin führend an der Entwicklung der Bildungseinrichtungen in Filderstadt beteiligen. Dabei werden wir uns gegen den Trend einer flüchtigen Moderne auch erlauben, kritische Stimmen laut werden zu lassen, wie diese beispielsweise gegen einen einseitigen Ausbau der U 3-Betreuung aus neurobiologischer und soziologischer Sicht höchst berechtigt sind. Neurobiologische Erkenntnisse halten fest, wie wichtig verlässliche Bezugspersonen für die Entwicklung der Bindungsfähigkeiten von Kleinkindern sind. Skandinavische Langzeitstudien zeigen auf, welche negative Langzeitfolgen entstehen, wenn dieser Aspekt außer Acht gelassen wird. Der Soziologe Richard Sennett beschreibt in seinem Buch:

„Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus“ sehr eindrücklich die Auswirkungen unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen: „Auf die Familie übertragen bedeuten... [die] Werte einer flexiblen Gesellschaft: bleib in Bewegung, geh keine Bindungen ein und bring keine Opfer“. Dies hat zur Folge, dass „Kinder Verpflichtungen auch im Leben ihrer Eltern oder deren Generation nicht wahrnehmen“⁵. Da jedoch das Phänomen der Kurzfristigkeit, so Sennett, „ein verhängnisvolles Rezept für die Entwicklung von Vertrauen, Loyalität und gegenseitiger Verpflichtung“⁶ ist, ist zu fragen: „Wie können sie die familiären Beziehungen vor dem auf Kurzfristigkeit basierenden Verhalten, der Diskussionswut und vor allem dem Mangel an Loyalität und Verbindlichkeit schützen, welche die moderne Arbeitszeit kennzeichnen? ... Wie lassen sich langfristige Ziele in einer auf Kurzfristigkeit angelegten Gesellschaft anstreben? Wie sind dauerhafte soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten? Wie kann ein Mensch in einer Gesellschaft, die aus Episoden und Fragmenten besteht, seine Identität und Lebensgeschichte zu einer Erzählung bündeln? Die

⁵ Beide Zitate aus: Richard Sennett, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin, 7. Auflage 2010, 30.

⁶ Ebd., 27f.

Bedingungen der neuen Wirtschaftsordnung befördern vielmehr die Erfahrung, die in der Zeit, von Ort zu Ort und von Tätigkeit zu Tätigkeit driftet“⁷.

Fragen, denen wir uns auch kommunalpolitisch ohne ideologische Vorbehalte stellen müssen, gerade unter den Vorzeichen der grün-roten Bildungspolitik, die zu Recht die individuelle Entwicklung und Förderung der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellen will und stellt.

Eine förderliche Bildungspolitik ist ein wichtiger Beitrag, der sich auch in Filderstadt zunehmend weitende soziale Schere weniger Raum zu geben - gerade die wachsende Armut in Familien, die wachsende Auflösung des Mittelstandes, aber auch die Zunahme von Altersarmut gilt es auch in Filderstadt im Blick zu behalten. Gerade auch hier werden wir nicht müde werden, nötige Schritte anzugehen.

Bildungs- und Sozialpolitik sind ein wichtiger Kern für die Lebensqualität in Filderstadt. „Die Lebensqualität in Filderstadt erhöhen“, so die Aussage der Oberbürgermeisterin in einem Interview zum Jahreswechsel, so ein zentrales Element der Kommu-

⁷ Ebd., 31.

nalpolitik und der Verwaltung in Filderstadt sein und bleiben. Wir Freie Wähler freuen uns, dass sich die in diesem Motto gefassten Themen wie ein Kaleidoskop zahlreicher unserer Forderungen der vergangenen Jahre lesen. Kontinuität, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit scheinen auch in einer Flüchtigen Moderne durchaus zielführend zu sein, auch wenn wir Freie Wähler heute an zahlreichen Punkten erfreut feststellen dürfen, dass andere Fraktionen nun fröhlich als ihre eigene Idee propagieren, was wir bereits vor Jahre – nicht selten belächelt – ins Gespräch gebracht und eingefordert haben. Als exemplarisches Thema sei die von uns mehrfach angemahnte Veräußerung von Tafelsilber genannt ohne nachhaltigen Aufbau neuer Werte als Ersatz oder die Dringlichkeit einer nachhaltigen Stadt-, Stadtteil- und Gebäudekonzeption.

In finanzpolitischer Hinsicht stellt Filderstadt im Trend der Flüchtigen Moderne und des flexiblen Menschen eine beispielhafte Ausnahme dar. Wir Freie Wähler haben den Prozess der Nullverschuldung stets befürwortet, im Sinne der Generationengerechtigkeit jedoch wiederholt eingebracht, was Wirtschaftswissenschaftler bis heute unterstreichen: Schulden können dann sinnvoll sein, „wenn

ein realer Gegenwert entsteht, der auch künftigen Generationen nützt“. Zum Problem werden sie jedoch dann, „wenn man sie unvernünftig und exzessiv nutzt“.

Unverständlich ist und bleibt uns jedoch, dass der Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung bei der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechtes keine einheitliche und eindeutige Linie erkennen lässt. Eine Vergleichbarkeit der finanziellen Situation der Kommunen ist damit nicht mehr gegeben, der Mehraufwand des neuen Rechtes bleibt auf den Aspekt der Nachhaltigkeit beschränkt. Kommunen, die wie Filderstadt das neue Haushaltsrecht bereits anwenden, mussten hierfür eine nicht unerhebliche Anzahl neuer Stellen schaffen, wie dies die Landesregierung an anderer Stelle bei gleichzeitigen Einsparungen bei den Beamtinnen und Beamten mehr oder weniger gut begründet und notwendig ohne zusätzliche Verpflichtung tut.

Zu guter Letzt und damit am wichtigsten: Mein, unser Dank! Unser Dank an Sie alle, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Verantwortliche in Bildungseinrichtungen, Vereinen, Kirchen, Politik und Verwaltung, in Filderstadt, im Landkreis Esslingen

und der Region Stuttgart, in Bund und Land für all Ihr Engagement zum Wohl unsrer schönen Filderstadt. Sie alle tragen dazu bei, dass unser langjähriges Freie-Wähler-Motto kein leerer Slogan bleibt: „Wir sind herzlich gerne Filderstädter“.

Ein herzliches Dankeschön an unseren Stadtverband mit dem Vorsitzenden, Herrn Günter Bamberg, an den Regionalrat und Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, Herrn Rolf Kurfess, an unsere Vertreter im Kreistag, Herrn Richard Briem, Herrn Joachim Gädeke und Herrn Erstem Bürgermeister Dieter Lentz sowie allen Mitgliedern der Gemeinderatsfraktion. Ich danke auch allen anderen Mitgliedern des Gemeinderates und der Verwaltung und bin guter Zuversicht im Blick auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auch im Jahr 2012.

Ein herzliches Dankeschön nicht zuletzt an den derzeitigen Technischem Beigeordneten der Gemeinde Remshalden, Herrn Reinhard Molt, den wir Freie Wähler als einen hervorragenden Kandidaten für den Technischen Beigeordneten der Stadt Filderstadt aufgrund seiner fachlichen und personalen Kompetenz nur wärmstens empfehlen können.

Ich schließe mit einem Zitat von Theodor Fontane, das uns in der Flüchtigen Moderne auch kommunalpolitisch zu denken geben und leiten kann: „Zwischen Hochmut und Demut steht ein drittes, dem das Leben gehört, und das ist der Mut.“

Ihnen allen, uns allen einen schönen Abend und viele gute Begegnungen im angefangenen Jahr 2012. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.